

**Geschäftsführer Sebastian Chwala**

Bahnhofstr. 6  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 7. Oktober 2019

**Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 27. September 2019**

**Einstimmig gegen Rechts – Scharfe Debatte über den Verkauf am Afföller – Sozialquote ausgehebelt**

Mit Spannung konnte man die Sitzung des Stadtparlaments am 27. September erwarten, denn insgesamt fünf Dringlichkeitsanträge und mehrere Aussprachen waren angekündigt. Heraus stachen zwei: der gemeinsame Antrag aller Fraktionen „Gegen Hakenkreuzschmierereien, Verunglimpfungen und Rassismus“ und ein zweiter, eingereicht von CDU und BfM, der den schlichten Titel „Afföllergelände“ trug und vor Verunglimpfungen der Marburger Linken keinen Halt machte. Weitere Aussprachen gab es zur geplanten Bebauung des ehemaligen Hauptpostareals, dem neuen Konzept zur Altenplanung, und einer Vorlage des Magistrats zur Errichtung eines Nachbarschafts- und Gesundheitszentrums im Waldtal.

**Aufstehen gegen Rechts**

Im Auftrag aller Fraktionen begründete die Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eine klare Stellungnahme gegen rechte Schmierereien in der Stadt und „die ihnen zugrundeliegende menschenverachtende Geisteshaltung“. „Wir sind entschieden gegen rechts und Holocaust-Leugner sind unsere Feinde.“

**Marburger Linke gegen Aushebelung der Sozialquote**

Die erste Aussprache des Abends drehte sich um die zukünftige Bebauung des einst von der Deutschen Post genutzten Areals zwischen der Eisen- und der Zimmermannstraße. Hier möchte es der Magistrat einem privaten Investor ermöglichen, 100 Wohnungen zu bauen. Dazu soll die 2016 von SPD, Grünen und Marburger Linke eingeführte Sozialquote ausgesetzt werden, die bei Bauprojekten einen Anteil von mindestens 20 Prozent Sozialwohnungen vorsieht. Stattdessen stellte Oberbürgermeister Spies das Modell des Investors vor, das anstelle einer Sozialquote bei allen Wohnungen eine Kaltmiete von knapp 10 Euro pro Quadratmeterpreis, die angeblich für Menschen mit mittleren Einkommen geeignet sein soll. Tanja Bauder-Wöhr rechnete vor, dass – besonders wenn man die Nebenkosten berücksichtigt – auch für Fachkräfte im mittleren Segment schnell Mieten von 40 Prozent des Einkommens erreicht sind. Die Marburger Linke befürwortete einen Vorschlag der Grünen mit der Aufteilung: 20 Prozent Sozialquote, 60 Prozent mittleres Preissegment, 20 Prozent unbeschränkter Mietpreis. Ganz nebenbei: Im Bauausschuss hatten SPD-Stadtverordnete schon in die gleiche Richtung gedacht. Im Parlament stimmten nur die Marburger Linke und die Grünen gegen das Bauprojekt ohne Sozialquote.

**Neues Konzept zur Altenplanung und Stadtteilzentrum im Waldtal akzeptiert**

Den nächsten beiden Vorlagen des Magistrats stimmte die Marburger Linke dann bei einigen kritischen Anmerkungen zu. So merkte Roland Böhm in der Debatte über die zukünftigen Strukturen der Altenplanung an, dass ein Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs auch hier mit-

bedacht werden müsse, um Mobilität als ein Mittel gegen Vereinsamung zu gewährleisten. Außerdem mangle es an weiterhin an Kurzzeitpflegeplätzen.

Auch der Realisierung eines Nachbarschafts- und Gesundheitszentrums im Waldtal stimmte die Marburger Linke zu. Miguel Sanchez verwies in seiner ersten Rede als Nachrücker allerdings darauf, dass solche sinnvollen Projekte nicht von der Spendentätigkeit privater Geber abhängig sein dürfen. Er spielte damit auf eine Restspende des inzwischen verstorbenen DVAG-Gründers Reinfried Pohl an, die für das Zentrum aufgebraucht wird.

### **Teilschließung des AquaMar wegen Reparatur der Deckenkonstruktion**

Dringlich war die Forderung der Mehrheitsfraktionen von CDU, SPD und BfM sich mit dem AquaMar zu befassen, nachdem Risse in der Dachkonstruktion festgestellt worden waren. Stefanie Wittich, ebenfalls Nachrückerin im Marburger Parlament, gab ihr Debüt und regte an, während der Reparaturen alle privaten und öffentlichen Bäder auch im Umkreis mit einzubeziehen, um Schulklassen weiterhin den Schwimmunterricht zu gewährleisten, aber auch Schwimmkurse sicherzustellen. Das Hallenbad in Wehrda, einziges öffentliches Marburger Schwimmbad, welches als Ausweichort zur Verfügung steht, sei jetzt schon überlastet, so Wittich weiter.

### **Debatte um Afföllergelände: CDU setzt Marburger Linke mit Nazis gleich**

Zu fortgeschrittener Zeit eröffnete eine von der rechten Seite des Hauses eingebrachter Dringlichkeitsantrag eine Debatte, die nicht in parlamentarische Sternstunden führte. Hintergrund: Das Aktionsbündnis „Affölller retten!“ hatte eine Woche zuvor zu einer Demonstration gegen den Verkauf eines Teils des öffentlichen Geländes an die private MPG aufgerufen. Renate Bastian hatte dort gewarnt, dass die Verkaufsgespräche im Hinterzimmer schon weiter fortgeschritten sein könnten. Daraufhin packte die CDU ihre sprachlichen Kanonen aus. Ein Antrag unterstellte, ein „Mitglied des Hauses behauptet, Bürgermeister Stötzel wolle ‚im Hinterzimmer‘ ein städtisches Grundstück verkaufen. In dem Zusammenhang wurde auch unterstellt, Mitglieder des Magistrats oder Fraktionen des Stadtparlaments würden ihr Handeln an angeblichen Finanzzuwendungen ausrichten.“ In der Debatte verstiegen sich CDU-Vertreter zu Wertungen wie ‚niedrigste moralische Stufe‘ oder zu Vergleichen mit rechtspopulistischer Politik. Renate Bastian konterte mit einer sachlichen Darstellung der Abläufe und wies nach, dass es bereits seit November vergangenen Jahres Verhandlungen mit der MPG gab, lange bevor die Stadtverordneten von den Verkaufsplänen Kenntnis hatten, dass bereits im März Entwürfe für eine Bebauung vorlagen und im Beirat für Stadtgestaltung diskutiert wurden. Korruptionsvorwürfe hatte niemand erhoben. Das wäre ein Straftatbestand. Die Behauptung aber, die Marburger Linke würde auf rechtspopulistische Weise „Hass gegen die bestehenden politischen Strukturen schüren“, muss als massiver Versuch gewertet werden, kritische Stimmen mundtot zu machen.

Jan Schalauske, Stadtverordneter der Marburger Linken und Abgeordneter des Hessischen Landtags, verwies in der Folge auf die Geschäftsmethoden der DVAG, die als „Drückerkolonne“ bezeichnet werden, und die Unternehmensspenden, welche aus dem Hause Pohl in den letzten Jahren an die Bundes-CDU geflossen sind. Zudem seien ranghohe CDU-Politiker durch Aufsichtsratsposten in das Unternehmen mit eingebunden, so Schalauske weiter. Nur durch eine Sitzungsunterbrechung und Abstimmungswiederholung gelang es der SPD-Fraktionsspitze, ihre Stadtverordneten vollzählig hinter dem CDU-Antrag zu versammeln.

### **Verschönerung der Treppen, Dachbegrünung und Fahrradgaragen**

Diese Anträge wurden ohne größere Debatten angenommen. Die konstruktiven Vorschläge von Stefanie Wittich zur Ausgestaltung von Fahrradgaragen wurden allerdings nicht berücksichtigt.

### **Freundliche Grüße von der Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm und Stefanie Wittich